

„Eine friedliche Revolution“

Berlin als freie Stadt: Kurz nachdem die neue SED-Führung ihren Bürgern panikartig nach 28 Jahren Reisefreiheit gewährte, überrannten Bürger aus Ost und West

die Beton- und Sperranlagen – die zweite Niederlage für Parteichef Egon Krenz nach Problemen mit seinen Personalvorstellungen, aber ein Gewinn für die Deutschen:

Heiligabend und Sylvester fielen in Berlin in diesem Jahr auf den Abend des 9. November: Vor allem in Ost-Berlin lagen sich am späten Donnerstagabend einander fremde Menschen in den Armen, lachten und jubelten mit glücklichen Gesichtern. In Häusern und auf den Straßen knallten Sektkorken, am Nachthimmel gingen Leuchtraketen und Böller los. Nur Christbaum und Lametta fehlten.

Auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor, dem Symbol der jetzt 40 Jahre währenden deutschen Trennung, tanzten West-Berliner und sangen sekt- wie bierselig „So ein Tag, so wunderschön wie heute“.

Dabei war es Nacht, Mitternacht zwischen dem 9. und 10. November, einem historischen Datum, wie Politiker schnell erklärten und die Berliner ehrlich empfanden.

Der Schlagbaum am Sektorenübergang Bornholmer Straße stand im gleißenden Scheinwerferlicht des Westfernsehens viele Stunden offen. Unkontrolliert ergoß sich dort wie an den anderen, bis dahin verbarrkadierten Übergängen ein Strom von Ost-Berlinern, viele Freudenstränen weinend, in den Westteil ihrer Stadt – am Kontrollpunkt Oberbaumbrücke über einen roten Teppich, den Westler zur Begrüßung ihrer ersten seltenen Gäste ausgerollt hatten.

Selbst in anderer Richtung ein Menschengewoge – Wessies, die unkontrolliert in den Osten schwappten, zu Freudenfesten bei Freunden oder Unbekannten mit mitgebrachtem Henkeltrocken oder vor Ort ausgeschenktem Rotkäppchen-Sekt.

Die neue Freiheit wuchs den Deutschen gänzlich überraschend binnen einer Woche zu, nachdem SED-Chef Egon Krenz eben noch ein umständli-



West-Berliner auf der Mauer
Freudenfeste und Verbrüderung

ches Reisegenehmigungsrecht angekündigt hatte. 28 Jahre plus knapp drei Monate war Berlin mit Mauern und Sperranlagen geteilt, 40 Jahre lang die Nation als Ergebnis der Hitlerschen Expansionskatastrophe getrennt.

Selbst die kühnsten politischen Propheten hätten die Mauer allenfalls durchlässig gesehen am Ende eines visionären Zeitraums, in dem die seit Jahrzehnten in Kaltem Krieg und Blockdenken erstarrten Hälften West- und Osteuropa in ein „gemeinsames Haus“ einziehen sollten, wie es der sowjetische Reformator Michail Gorbatschow entwarf. Schon in der fünften Woche nach einer pompös zelebrierten 40-Jahr-Feier, bei der bestellte Jubler vor den Tribünen „der Erhabenen“ – so der SED-Kritiker Stefan Heym – defilieren mußten, war

die Erstarrung im deutschen Zweitstaat dahin.

Erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte, dies der unglaublichste Aspekt in einem historischen Monatszeitraum, siegt das Volk gegen die Herrschenden, zwingt ihnen seinen Willen auf – ohne Gewalt, bloß willentlich.



Besetzung der Mauer am Brandenburger

Und erstmals in der deutschen Kriegsgeschichte scheint, beim Tempo der in Ost-Berlin dahinfliegenden Prozesse, eine Wiedervereinigung denkbar und nicht, wie bisher, bloß utopisch. Tausende von Verbrüderungsszenen zwischen strahlenden oder tränenüberströmten, glücklichen oder angeheiterten Deutschen aus Ost und West stellten Erstaunliches unter Beweis: Eine Nation, deren Größenwahn Europa an den Abgrund gebracht hatte und die nach der Niederlage von den Siegern gezielt und vermeintlich dauerhaft zerteilt worden war, hat sich über das Zeitalter fast zweier Generationen hinweg ein offenbar dauerhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten.

Am Abend des 9. November wurde für den Architekten der Bonner Ostpolitik, Egon Bahr, „ein Traum wahr“. Und er rannte zu seinem damaligen Kanzler Willy Brandt: „Es bedurfte keiner Worte. Die Wirklichkeit war über unsere Phantasie hinausgegangen.“

Die neue Freizügigkeit in Ost-West-Richtung war, wie so manches in den

letzten Wochen, auf leisen Sohlen dahergekommen, ohne Fanfarenstöße, Flaggengruß oder förmliche Vertragswerke.

Um 18.57 Uhr hatte Günter Schabowski, gerade erst ernannter Informationssekretär des SED-Zentralkomitees und Mitglied des einst allmächtigen Politbüros, auf einer im Fernsehen live übertragenen Pressekonferenz mitgeteilt, ab sofort könnten die DDR-Bürger problemlos in den Westen reisen, ohne Verwandte, ohne Anlaß, nur so nach Lust und Laune. Die Behörden seien angewiesen, Paß und Visum schnell und unbürokratisch auszustellen.

Es dauerte drei Stunden, bis die aus Erfahrung stets mißtrauischen DDR-Bürger die Nachricht wirklich glaubten.

Gegen 22 Uhr wuchsen an den Berliner Grenzübergängen dichte Menschentrauben. Die Leute streckten ihre Personalausweise durch die Eisengitter und forderten die Wachposten auf, sie durchzulassen – ab in den Westen.

Die Grenzer blieben zunächst stur. Jeder, so belehrten sie die Menge, müsse

sich zunächst bei der Volkspolizei ein Visum besorgen, sonst gehe hier nichts. Doch die Menschen blieben und warteten. Die Menge wuchs, in Windeseile verbreitete sich auch außerhalb der DDR-Metropole die Kunde, die Grenze werde aufgemacht.

Dann geriet die Lage, wie so manches in den vergangenen Wochen, der SED außer Kontrolle. Plötzlich war die Grenze offen – für alle. Hunderte stürmten, nach flüchtiger Kontrolle ihrer Ausweise durchs uniformierte Personal, hinüber. Vor den Übergängen Heinrich-Heine-Straße, Bornholmer Straße und Invalidenstraße bildeten sich lange Trabischlangen. Die Insassen warteten geduldig, lachten und weinten oder sangen (siehe Seite 28).

Auch der Deutsche Bundestag zu Bonn würdigte das Ereignis mit Tränen und Gesang. Als Karl-Heinz Spilker (CSU), statt seine Rede zum Vereinsförderungsgesetz zu beginnen, die Meldung verlas: „Ab sofort können DDR-Bürger direkt über alle Grenzstellen zwischen der DDR und der Bundesrepublik



Tor in der Nacht zum 10. November: Ein Wunder ohne Waffen und Gewalt

ausreisen“, klatschten die Abgeordneten minutenlang. Dann füllte sich der Saal. CDU-Kanzleramtschef Rudolf Seiters und die Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger (CDU/CSU), Wolfgang Mischnick (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD), die im Kanzleramt über den massiven Zustrom von Übersiedlern aus der DDR via CSSR beraten hatten, eilten ins Plenum und würdigten in knappen Erklärungen den Ost-Berliner Reisebeschluss.

Der Grüne Hubert Kleinert – seine Fraktion war wie üblich von der Runde im Kanzleramt ausgeschlossen – erlebte eine „eigenartige Situation: Alle sagten irgendwie nur Richtiges“. Eine Seltenheit im Bonner Parlament: Grüne ap-

plaudierten CDU-Dregger, Unionschristen dem Grünen Helmut Lippelt.

Dann stimmten drei Abgeordnete von den Hinterbänken der CDU/CSU-Fraktion spontan das Deutschlandlied an – Hermann Josef Unland, 60, aus Bocholt, der Schwabe Franz Sauter, 61, und Ernst Hinsken, 46, Bäckermeister aus dem niederbayerischen Haibach.

Bald fielen alle Parlamentarier der Altparteien ein und erhoben sich von ihren Stühlen; selbst die Grünen fühlten sich berührt. Kleinert stieß seinen Nachbarn an und seufzte: „Um Gottes willen, jetzt auch das noch.“ Aber den Saal verlassen wie sonst bei nationalen Gefühlsausbrüchen mochten die Grünen nicht: Sie standen auf und schwie-

gen, bloß Antje Vollmer fand es „schrecklich“.

Und nachdem Annemarie Renger („Es fällt mir schwer“) auf Antrag des SPD-Geschäftsführers Gerhard Jahn unter allgemeinem Beifall die Sitzung beendet hatte, verließ ein emotionsbeladener Willy Brandt den Bundestag, weinend, gestützt von der SPD-Kollegin Liesel Hartenstein, die selbst mit den Tränen kämpfte.

Erst weit nach Mitternacht, gegen vier Uhr in der Früh, greifen am Brandenburger Tor DDR-Grenzer mit Wasser-schläuchen und Lautsprechern ein, drängen die Mauerspringer in den Westen zurück, bilden einen dreifachen Kordon, um das Symbol der deutschen

KOMMENTAR

Auf der Lauer, an die Mauer . . .

RUDOLF AUGSTEIN

Sie ist noch nicht weg, die Mauer. Eines aber kann man sagen: So lange wie die Chinesische Mauer wird sie nicht mehr stehen. Mag sein, es werden von beiden Seiten Pickel und Äxte sie zerhacken, wie 1789 die Bastille.

Ulbricht und Honecker haben sie gebaut, aber wir haben mitgebaut, und die Alliierten ebenso. Mein alter Freund Axel Springer war dabei, dessen Zeitungskonzern in Berlin tagtäglich die Flucht durchs Brandenburger Tor zu einer nahezu religiösen Pflicht erhob.

Vergessen war, daß Hitler den Stalin nach Berlin eingeladen hatte. Sollte der etwa an Polens neuen Westgrenzen stehenbleiben? Und sollte er sich anders als in Polen verhalten? Er benahm sich jedenfalls nicht so unmenschlich wie Hitler in Rußland.

Bedenkt man die Pläne des Nato-Hauptquartiers in Paris, in denen sogar mit dem Abwurf einer Atombombe herumgespielt wurde, so war der Bau der Mauer zwar ein groteskes, aber immer noch politisch sinnvolles Unternehmen. Was sonst hätten die drüben denn tun sollen? Sie stehen jetzt da, wo sie damals standen – nur daß Krenz sich an seiner Peking-Lösung verschluckt hat, und eine zweite Mauer rings um die DDR kann er auch nicht bauen.

Sie sind am Ende ihres Partei-Chinesisch, die Kameraden von drüben. Sicher, der Alliierte Oberbefehlshaber Eisenhower mußte sich von deutscher Seite den Vorwurf der „Torheit“ gefallen lassen, weil er den

Russen in Berlin den Vortritt ließ. Als ob sein oberster Kriegsherr Roosevelt nicht am 12. September 1944 in Quebec der Dreiteilung (später mit den Franzosen der Vierteilung) zugestimmt hätte. Er stand gut mit „Uncle Joe“, er hat das Problem nicht erfaßt, wollte im übrigen möglichst wenige seiner Männer opfern.

Damals wurde die Mauer vorgeplant. Mitnichten bedeutete ihre Aufstellung 1961 eine „wesentliche Wende in der Weltpolitik“ (Strauß). Die hatte schon 1955 auf dem Genfer „Gipfel“ der Vier stattgefunden, ohne daß Bonn es merkte. So hielt man denn auch den Mauerbau 1961 noch kurz vor seiner Ausführung für „nicht sehr wahrscheinlich“.

Länger als maximal eine Generation kann man nicht voraussehen. Die Mauer hat jetzt erst ausgedient. Sie besiegelte 1961 den Bankrott der kommunistischen Wirtschaft, aber ebenso den Bankrott eines gewaltsamen Dulles-Rollback. Konnte der deutsche Verteidigungsminister 1961 davon ausgehen, Berlin sei zuerst eine politische Position der USA, so ist Berlin jetzt vorab eine deutsche Stadt.

Wollte Bonn sich noch 1961 weigern, wenigstens mit ein oder zwei Divisionen an einem eventuellen Durchbruch nach Berlin teilzunehmen – wenn denn wahr, eine vernünftige Weigerung –, so entscheiden über Berlin heute keine Divisionen mehr. Jenem Krieg, den man auf der Hardthöhe 1961 nach einigem Geplänkel noch „anhalten“ wollte, ist der Boden entzogen. Aber über die schwächliche Haltung der Alliierten gab Strauß sich

bis in seine letzten Lebenstage noch „enttäuscht“.

Was hätten die westlichen Alliierten, die den dritten Weltkrieg so wenig wollten wie die Deutschen selbst, denn tun sollen? Dies, laut Strauß:

Ich hätte nur gewünscht, daß die Alliierten wenigstens den Versuch machten, jenseits der Sektorengrenze tötig zu werden, den zuerst gezogenen Stacheldraht niederzuwalzen und den Mauerbau zu verhindern.

Törichte Amerikaner! So töricht waren sie, dies lächerliche Unterfangen gar nicht erst zu probieren. Ja, sie haben „zumindest dulgend zugeschaut“, sich sogar mit den Sowjets abgestimmt. Wie Achilles seinen Oberfeldherrn Agamemnon ließ Strauß sie darob seinen „gewaltigen Zorn“ spüren.

Wir sollten dabei nicht vergessen, daß es zu gar keiner Berlin-Krise gekommen wäre, wenn die USA die Stadt 1948, sei es zum Guten, sei es zum Schlechten, nicht als Blockadebrecher gerettet hätten. Seit dem 9. November 1989 ist alles ganz anders, auch für die vier Besetzungsmächte.

Es hängt nun *auch* von uns ab, ob sie bleiben, und von uns, ob sie gehen. Erzählt uns etwa der sowjetische Außenamtssprecher Gerassimow, seine Regierung werde sich nicht einmischen, solange die DDR dem Warschauer Pakt angehöre, dann liegt der Ton auf „solange“. Zeit wird alles noch brauchen, obwohl wir in der vorigen Woche nach allen Regeln der Kunst überrumpelt worden sind – nicht von den vier Alliierten, nicht von deutschen Politikern, sondern von den Ereignissen.

Einheit abzuriegeln und die Mauer dafür den am 13. August 1961 vorgesehenen Verwendungszweck zu retten.

Irgendwann weit nach Mitternacht sind die Grenzanlagen, vor Stunden noch intimste Sperrzone des SED-Staates, überflutet von Ost-Bürgern. Jeder Wartburg und jeder Trabi, der durch die Betonsperren kurvt, wird mit Beifall begrüßt. Auf Barrieren brennen Kerzen.

Die Grenzer, gestern noch ganz abweisende Hüter des realen Sozialismus, bekommen von den Nachtschwärmern Blumen. Und sie schauen dem Treiben freundlich zu. „Die kommen alle wieder“, sagt einer, und der Stolz in seiner Stimme ist nicht zu überhören.

Und sie kommen wieder. Gegen zwei in der Nacht kehren die ersten heim, vom ersten Ku'damm-Bummel ihres Lebens, vom schnellen Bier bei Bekannten jenseits der Mauer. Manche nutzen den Abstecher auch nur, um von West-Berlin in die Bundesrepublik zu telefonieren – seit die Flüchtlingswelle immer höher in die Bundesrepublik schwappt, sind deutsch-deutsche Ferngespräche auf den wenigen, total überlasteten Leitungen ein Glücksspiel.

Deutschland im Herbst. In West-Berlin kriegen die Kinder am Freitag schulfrei, im Bundesrat erklärt dessen neuer Präsident, Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper, das deutsche Volk wegen der Erlebnisse nachts zuvor zum „glücklichsten Volk der Welt“.

Theater, Oper und Fußballvereine in West-Berlin bieten den Ost-Bürgern freien Eintritt, die westlichen Konsumtempel richten eilends Wechselstuben zur

Annahme von Ostgeld ein. Die Glocken der Gedächtniskirche läuten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht, zu Recht, von einem „tiefen historischen Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte“, und Kanzler Helmut Kohl, der zuvor, kein Fettnäpfchen mißachtend, eine Pannenreise nach Polen begonnen hatte, bricht den Besuch in Warschau ab mit dem historischen Satz auf den Lippen: „Mein Platz augenblicklich ist in Bonn.“ Danach fliegt er über Hamburg nach West-Berlin.

Das Wunder hat das Volk der DDR bewirkt – ohne Waffen und ohne Gewalt. Und es trat, angeschubst von Michail Gorbatschows Perestroika und angefeuert durch den Abbau des Eisernen Vorhangs in Ungarn, eine Lawine los: Die Führung von Staat und Staatspartei findet sich in einem atemraubend schnellen Auflösungsprozeß. Der neue Staats- und Parteichef Egon Krenz ist auf panischer Flucht nach vorn.

Mehr als eine halbe Million Menschen waren in der größten Demo aller DDR-Zeiten am vorletzten Samstag durch Ost-Berlin gezogen, knapp 500 000 waren es zwei Tage später beim montäglichen Umzug um die Leipziger Innenstadt, 60 000 zur gleichen Stunde in Halle, 50 000 in Karl-Marx-Stadt, mehr als 10 000 in Cottbus, 25 000 in Schwerin. Das SED-Zentralblatt *Neues Deutschland* meldet die täg-



SED-Chef Krenz: Auf der Flucht nach vorn

lichen Demo-Fakten wie die Wasserstände: mehrere 10 000 am Donnerstagabend in Gera, rund 80 000 auf dem Erfurter Domplatz. Und und und.

„Die Straße ist die Tribüne des Volkes“, sagte die Schauspielerin Marion van de Kamp beim historischen Meeting auf dem Alex; das Volk hat es begriffen und probt mit Lust seine neue Kraft.

Selbst auf dem bisher von nichts als Friedhofsruhe besetzten platten Land treibt es die Menschen in Scharen aus den Häusern und lehrt die an Duckmäuserei und furchtsames Kuschen gewohnte Staatspartei SED das Fürchten: „Wir sind das Volk.“

Es zeigt sich auf der Siegerstraße. Es hat die Herrschenden satt.

Mit einem dramatischen Appell beschwor der DDR-Ministerrat bei seinem Rücktritt am Dienstag „die Bürger unseres Landes, in dieser politisch und ökonomisch ernsten Situation alle Kräfte dafür einzusetzen, daß alle für das Volk, die Gesellschaft und die Wirtschaft lebensnotwendigen Funktionen aufrechterhalten werden“ – als stünde der Generalstreik unmittelbar bevor.

Schon am Freitag davor, am Vorabend der Großdemo auf dem Alex, hatte Krenz die Bürger seines Landes zur „Besonnenheit“ aufgefordert und massenhaft Polizisten mit Barrikaden alle Verkehrswege zur Mauer abriegeln

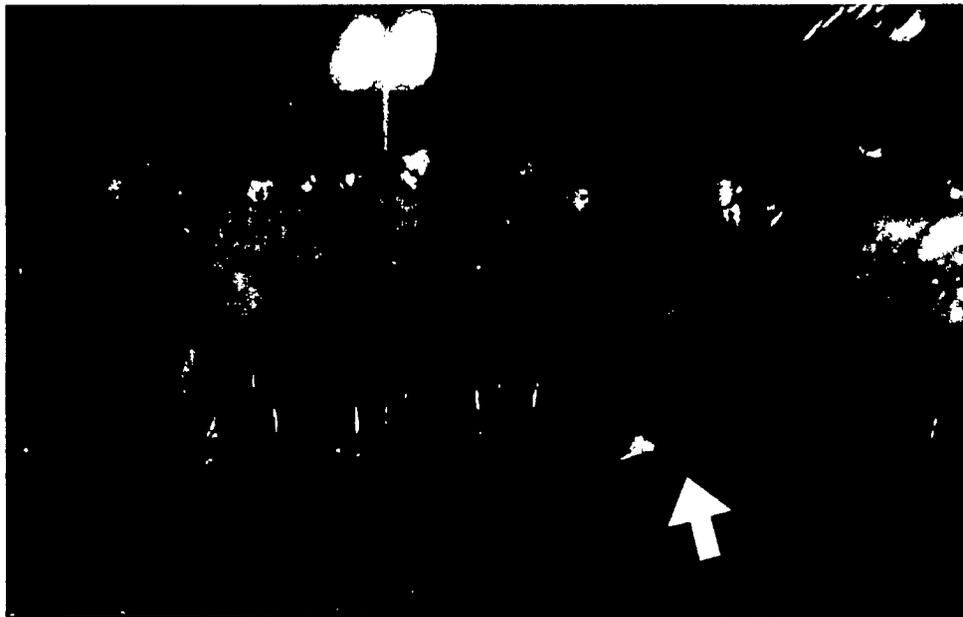


Bundestag beim Singen des Deutschlandlieds: „Eigenartige Situation“

lassen – als stünde vom Osten aus ein Gewalt-Marsch auf die Mauer bevor.

Die Führung weiß nicht mehr, was das Volk denkt; das Tremolo der Herrschenden war überflüssig. Die ostdeutsche Revolution von unten vollzieht sich sanft, ohne Gewehrläufe und ohne Sturm auf die Bastille. Das Volk denkt – noch – nicht an Streik und Aufstand, es verläßt sich – noch – allein auf die Wucht seiner friedlichen Masse.

Mitbewirkt hat das, paradox, der Egon Krenz, der – wie sich mählich in der DDR herumspricht – am 9. Oktober auf den Straßen Leipzigs ein Blutbad verhindert hatte. Polizeistaffeln und Betriebskampfgruppen standen damals bereit; sie hatten schon in der Woche zuvor die erste Probe der Gewalt abgelegt, als sie mit Knüppeln, Schilden und Wasserwerfern auf jene Mitbürger losgegangen waren, die im Dresdner Hauptbahnhof auf die aus Prag kommenden Flüchtlingszüge aufspringen wollten: Widerstandige wurden niedergeschlagen, ein



Betriebskampfgruppen im Einsatz vor dem Hauptbahnhof in Dresden, Opfer (Pfeil)*:



Brennender Polizeiwagen, Polizeieinsatz beim Sturm auf den Dresdner Bahnhof*: Vor einem Bürgerkrieg?

Polizeiwagen verbrannte, Wasserwerfer zielten auf Steineschmeißer. Bei einer Solidaritätsdemo von SED-Mitgliedern vor dem ZK behauptete ein Feuerwehrmann (siehe Seite 40), die Nationale Volksarmee habe in Leipzig einen von Krenz-Vorgänger Erich Honecker unterzeichneten „Einsatzbefehl“ gehabt.

Stimmt das Gerücht, hat Krenz mit seiner Weisung, die Leipziger Demo friedlich laufen zu lassen, einen Bürgerkrieg verhindert und die Ablösung des kranken Honecker erreicht. Aber der Honecker-Lehrling wird nun, da er in dessen Amt sitzt, der Geister, die er damit rief, nicht froh.

Vor dem Zentralkomitee seiner SED räumte er am letzten Mittwoch ein: „Eine Volksbewegung ist entstanden und drückt sich in vielen Formen aus: in

selbstbewußten Demonstrationen wie im vielstimmigen Dialog. Diese Volksbewegung hat den Prozeß der Überprüfung und der Veränderung ausgelöst.“

Die Krenz-Schmeichelei konnte das Volk im Parteiorgan *Neues Deutschland* nachlesen. Was der Wende-Sekretär wirklich über die Demonstranten denkt, erfahren nur ausgewählte Kader. Die Kundgebung rund um den Alex, so Krenz in einem Fernschreiben an die Kreissekretäre der SED, habe deutlich gemacht,

daß es in unserem Lande auch falsche Töne gibt, Töne gegen die führende Rolle der Partei, die sozialistische Staatsmacht und die Staatssicherheit . . . Negiert wurde auch die Tatsache, daß wir das Neue nur auf dem Fundament des in 40 Jahren Geschaffenen erbauen können.

Krenzens bedauerndes Fazit:

Es gab zu dieser Kundgebung keine Alternative, wenn wir dem Grundsatz treu bleiben, daß in unserem Lande vor sich gehende Prozesse nur mit politischen Mitteln zu lösen sind.

Mit verzweifelten Kraftakten versuchte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der vergangenen Woche, sich vom Haltegriff am letzten Wagen des ostdeutschen Reformzuges, an den sich die SED-Führung seit Wochen klammert, weiter nach vorn zur Lok zu hangeln.

Am Dienstag trat die Ost-Berliner Regierung geschlossen zurück. Einen Tag später feuerte das Zentralkomitee der

* Am 4. Oktober bei der Durchfahrt der Flüchtlingszüge von Prag nach Bayern.



Probe der Gewalt

Partei die Alten geschlossen aus dem Politbüro.

Und in einem „Aktionsprogramm“ gelobte die Parteiführung für ewige Zeiten die Wandlung ihrer SED vom realsozialistischen Saulus zum demokratischen Paulus: Pressefreiheit soll es künftig geben im ehemaligen Arbeiter- und Bauernparadies und das Recht aller, sich „zur Verwirklichung ihrer Interessen“ (Krenz) zu vereinen; neue Bürgerbewegungen sollen zugelassen und das politische Strafrecht eingeeignet werden; einen zivilen Ersatzdienst gibt es und ein Gesetz, das die Arbeit der Staatssicherheit regelt und einschränkt.

Die „höchsten Repräsentanten unserer Staatsmacht“, vom Staatsratsvorsitzenden über den Volkskammerpräsidenten bis zum Ministerpräsidenten, sollen nur noch maximal zwei Wahlperioden amtierend, und bestimmt werden sollen sie nach einem Gesetz, das – erstmals in der Geschichte des deutschen Oststaates – „eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet“ (Krenz).

In die rechte einheitssozialistische Bahn zurücklenken will Krenz das ihm außer Kontrolle geratene Volk vor allem durch weniger Personal und mit ein paar neuen Köpfen. Das ZK feuerte auf seiner 10. Plenartagung am Mittwoch nicht nur die alte Garde der Starrsinnigen von Hermann Axen über Erich Mielke bis Horst Sierdeman, es verkleinerte die Schaltzentrale der Parteimacht, das Politbüro, von 21 auf 11 Genossen.

Das Revirement überzeugte nicht einmal die eigene Basis. Die hat sich auf die Seite des Volkes geschlagen.

„Wir sind die Partei“, skandierten Tausende Genossen am letzten Mittwoch bei einer eigentlich zum Jubeln einbestellten Demo vor dem ZK-Gebäude am Werder-

schen Markt. Einer nannte die Wahl des neuen Politbüros eine „Fehlentscheidung“, ein anderer forderte unter Beifall „Konsequenzen bis zum Ausschluß“ für all jene, die die gegenwärtige Lage zu verantworten haben.

Zwei Tage darauf war die Forderung – teilweise – erfüllt: Das ZK feuerte die bis 18. Oktober amtierenden Politbüromitglieder Günter Mittag und Joachim Herrmann aus seinen Reihen; „wegen größtlicher Verstöße“ soll eine Kontrollkommission gegen Mittag „und weitere Genossen, die gegen das Statut der Partei verstoßen haben“, ermitteln. DDR-Generalstaatsanwalt Günter Wendland forderte, die Volkskammer solle in einem Untersuchungsausschuß Fälle von Korruption und Funktionsmißbrauch aufklären. Jammerrnde Selbstkritik übte der bisherige Chefideologe Kurt Hager, 77, weil er sich „vom tatsächlichen Leben entfernt“ habe.

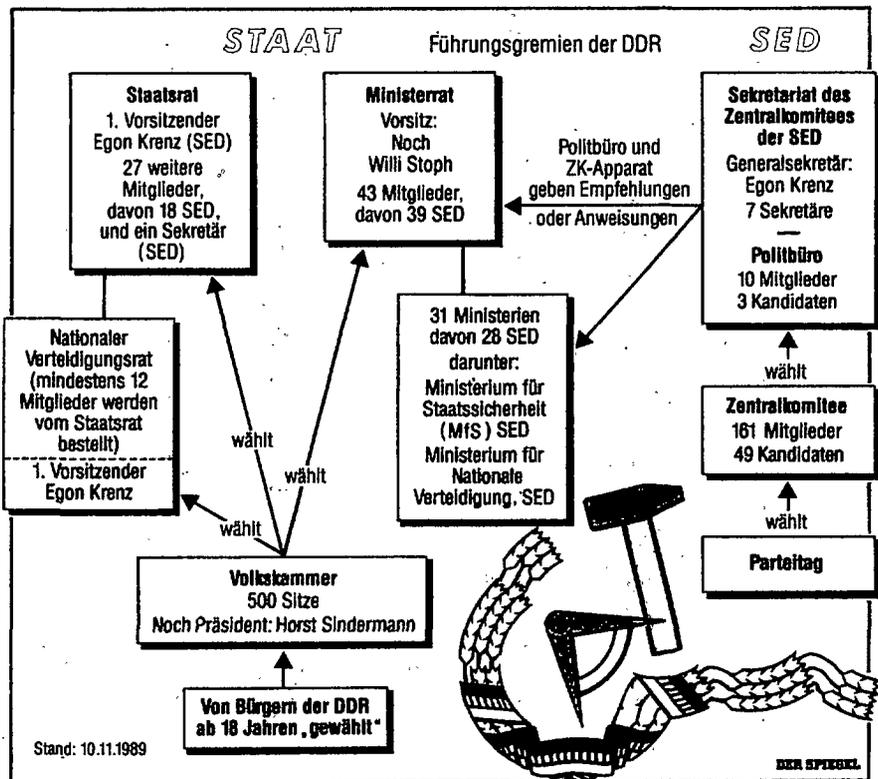
Der stellvertretende Staatssicherheitsminister Rudi Mittig beeilte sich, das Demonstrantenverlangen „Stasi in den Tagebau“ zu erfüllen; 1200 Berufsschnüffler werden zum Braunkohle-Abbau zwangsversetzt.

Selbst die heiligste Kuh des SED-Staates wurde öffentlich zur Notschlachtung freigegeben. „Niemand hat ein Monopol auf Wahrheit“, hallte es über den Werderschen Markt. Die Auszählung der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai nannten selbst die versammelten Genossen von der Basis unumwunden „Wahlbetrug“, für den die Parteiführung „verantwortlich“ zeichne.

Und ein Lehrer („Ich kann nach dieser Manifestation meinen Schülern wieder offen ins Gesicht sehen“) verlangte unter Pfiffen und Beifall, den zur Staatsräson erhobenen Führungsanspruch der „marxistisch-leninistischen Partei“ aus der Verfassung der DDR zu streichen: „Die führende Rolle müssen wir erkämpfen, oder wollen wir sie vor dem Verfassungsgericht einklagen?“

Wie die SED derzeit führt, ist am Durcheinander in Ost-Berlin und an schrillen Dissonanzen zwischen der Zentrale und der Provinz zu erkennen: Die Basis hält vom runderneuerten Politbüro rein gar nichts. Wenige Stunden nachdem das ZK den Parteichef des Bezirks Halle, Hans-Joachim Böhme, erneut ins Politbüro gewählt hatte (mit 91 gegen 66 Stimmen), entzogen ihm die Genossen in Halle das Vertrauen als Bezirksleiter. Sie verübelten ihrem Böhme – unter anderem –, daß der sich bei der Hallenser Demo aus Angst vor den 60 000 auf der Straße zunächst in die örtliche Stasi-Dependance verkrochen hatte. Das ZK kippte ihn wieder aus dem Politbüro. Da waren's nur noch zehn.

Sein Kollege in Cottbus, Werner Walde, vom ZK gerade als Kandidat des Politbüros bestätigt, warf daheim von sich aus das Handtuch, um einer Abwahl zuvorzukommen. Und die SED-Leitung des Partebezirks Neubrandenburg forderte anderntags das ZK erfolgreich auf, die Wahl ihres Chefs Johannes Chemnitzer zum Kandidaten des Politbüros und zum neuen ZK-Se-



kretär für Landwirtschaft rückgängig zu machen.

Der bisherige Ost-Berliner Bezirkssekretär Günter Schabowski, als neuer ZK-Sekretär für Informationswesen und Medienpolitik (bisher Agitation und Propaganda) eine der Säulen der Krenz-Riege, mußte sich auf einer Pressekonferenz von DDR-Journalisten verhöhnen lassen, woher er denn das Recht nehme, künftig den „Schirmherrn der ostdeutschen Medien“ zu spielen. Er habe doch als langjähriger Chefredakteur des *Neuen Deutschland* seinen Teil dazu getan, das Ost-Volk zu verdummen.

Der Genosse „Schabbi“ (SED-Jargon) wehrte sich dialektisch: Einerseits sei er Subjekt der alten Politik gewesen und insoweit natürlich schuldig, andererseits aber auch von höheren Subjekten abhängiges Objekt und insoweit entlastet.

Einen neuen SED-Staat kann der Generalsekretär mit seiner Crew in der Tat nicht machen. Drei Anwärter aus seiner Vorschlagsliste ließ das ZK-Plenum gleich durchfallen. Sechs aus dem Zehnerklub gehörten schon zu Honeckers Stamm-Mannschaft, und von den restlichen vier ist zumindest einer fürs Ansehen beim Volk die falsche Wahl: Wolfgang Herger, bislang Leiter der Abteilung Sicherheit im ZK-Apparat, rückte als Nachfolger von Egon Krenz zum Parteiaufseher über die Staatssicherheit auf. Herger ist, wie Krenz, mitverantwortlich für die brutalen Übergriffe von Stasi und Vopo gegen Demonstranten bei den Kundgebungen rund um den 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober; damals war Krenz noch nicht, wie dann in Leipzig, zum Friedensengel mutiert.

Das wichtigste Ressort im Politbüro besetzte Egon Krenz mit einem Genossen, dessen Name nicht einmal den Fachleuten in Deutsch-Ost geläufig ist: Der Diplom-Ökonom Wolfgang Rauchfuß, seit 1974 unauffälliger Minister für Materialwirtschaft und bislang einer von acht stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, soll als Nachfolger Günter Mittags die kollabierende DDR-Wirtschaft retten – ein Himmelfahrtskommando, das renommierte Experten aus der Riege der Kombinatdirektoren dankend abgelehnt hatten.

Pluspunkte beim Volk sammelte Krenz allenfalls mit zwei seiner Debütanten: An die Stelle des reaktionären SED-Kulturpapstes Kurt Hager holte er den stellvertretenden Kulturminister Klaus Höpcke, 55, in die Parteizentrale – ein geschickter Schachzug, um das be-

sonders unruhige Künstlervolk des SED-Staates zu besänftigen.

Höpcke hat bei Schriftstellern und Rockern, bei Komponisten, Filmemachern und Malern einen Stein im Brett, seit er im vergangenen März im Pen-Zentrum der DDR eine Protestresolution gegen die Verfolgung des tschechischen Dramatikers und Menschenrechtlers Václav Havel durch die regierenden Kommunisten seines Heimatlandes unterstützt hatte. Die tapfere Geste kostete ihn fast die politische Karriere. Die pikierten Prager Genossen forderten seine Entfernung. Die Drohung prominenter Kulturschaffender, auch sie würden dann ihre Ämter schmeißen, rettete ihn.



Politbüromitglied Böhme: Rein und raus

Das einfache Volk setzt Hoffnung, so sie diese der SED-Führung überhaupt noch gutbringt, nur auf einen: den bisherigen Dresdner SED-Statthalter Hans Modrow. Der 61jährige, den das ZK mit einer Gegenstimme ins Politbüro wählte, soll Willi Stoph auf der Sitzung der Volkskammer am Montag dieser Woche als Ministerpräsident beerben.

Ob Egon Krenz an Modrows Wahl viel Freude hat, steht dahin. Denn der SED-Star aus der Provinz, den Erich Honecker 1973 in den Südwestwinkel seiner Republik verbannte, weil er den renitenten und widerspruchsfreudigen damaligen Leiter der ZK-Abteilung für Agitation nicht ausstehen konnte, hat durchaus eigene Vorstellungen von seiner Zukunft und der seiner SED.

Etwa davon, wie das Amt des Regierungschefs zu führen sei.

In der Vergangenheit, so der Ausgangspunkt seiner Konzeption, habe die SED den schweren Fehler gemacht, alles selbst entscheiden zu wollen, und sich damit auch politisch für alles verantwortlich gemacht. Dem könne die Partei künftig nur entgegen, wenn sie die Position der Regierung stärke und nicht länger wie bisher in die einzelnen Ministerien hineinregiere.

So weit folgt ihm wohl der Genosse Krenz. Auch der will die schärfere Trennung von Partei und Staat – die ihn wenig kostet, solange bei ihm selbst in der Doppelfunktion als Vorsitzender des Staatsrates und Generalsekretär der Partei die Machtfäden zusammenlaufen.

Kaum einverstanden sein dürfte Krenz jedoch mit weitergehenden Gedanken des künftigen Regierungschefs: Nach Modrows Vorstellung soll die gesamte Staatsführung neu formiert werden. Ihm schwebt dabei eine echte Aufteilung der bislang auf den Staats- und Parteichef konzentrierten DDR-Macht auf vier Posten vor, mithin Ansatz einer echten Gewaltenteilung: Parteichef, Ministerpräsident, Staatspräsident und Volkskammerpräsident.

Anbieten könnte sich eine Lösung nach polnischem Muster, wo Parteivorsitz und Präsidentenamt bereits getrennt sind. Auch in der DDR gab es diese Trennung schon zu Zeiten Walter Ulbrichts. Von 1950 bis 1960 führte eine Troika das SED-Land: Wilhelm Pieck als Landesvater, Walter Ulbricht als Parteichef und Otto Grotewohl als Ministerpräsident; von 1971 bis 1976 gab es mit unterschiedlichen Konstellationen die gleiche Trennung.

Zu den neuen Oppositionsgruppen im Land hat Modrow eine locker-positive Einstellung. Es müßten, forderte er schon vor Wochen offen in Dresden, möglichst rasch alle Voraussetzungen – von einem neuen Wahlrecht bis zur Öffnung der Medien für alle politischen Zirkel – geschaffen werden, damit die Opposition sich entfalten könne.

Modrows Forderung nach Zulassung des Neuen Forums und anderer oppositioneller Gruppen ist keineswegs uneigennützig, sondern von taktischem Kalkül. Das Beispiel Solidarność in Polen zeige, verklickerte er den Genossen, in welcher großen Schwierigkeiten solche Gruppen kommen, wenn sie zugelassen werden und plötzlich mitregieren sollen: Inzwischen stagniere die Solidarność, und der kommunistischen Gewerkschaft gehe es zunehmend besser.

Noch sind die Visionen des Genossen Modrow weit von der Wirklichkeit entfernt. Noch liegt alle Macht bei seinem Kontrahenten Egon Krenz.

Und der hat bislang nicht erkennen lassen, daß er gewillt ist, diese Macht zu teilen. Krenz hat Modrow ins Politbüro geholt, um den Konkurrenten in die Ver-

antwortung einzubinden und so das eigene Überleben zu sichern – nicht zuletzt gegenüber Moskau.

Modrows Aufstieg in die SED-Spitze war seit langem Wunsch der Sowjets. Daß sie dabei ihre Hand im Spiel hatten, taten sie letzte Woche freimütig kund: Bereits zwei Tage vor der Wahl Modrows ins Politbüro und der Entscheidung des ZK, ihn als Stoph-Nachfolger zu präsentieren, verkündeten Gorbatschows Diplomaten beim traditionellen Empfang zum Jahrestag der Oktoberrevolution in ihrer Botschaft Unter den Linden, der Mann aus Dresden sei der neue Regierungschef.

Egon Krenz, Honeckers Ziehsohn und ausgefuchster Mann des Parteiapparates, spielt auf Zeit; doch sein stetiges Lächeln scheint zu gefrieren. Er machte letzte Woche gleich mehrfach klar, daß unter seiner Führung die SED nur jeweils jene Zipfel der Macht abzugeben gewillt ist, die sie ohnehin nicht länger festhalten kann.

Am Montag letzter Woche veröffentlichten die DDR-Zeitungen den Entwurf eines neuen Reisegesetzes – unbeeindruckt davon, daß 48 Stunden zuvor in der Ost-Berliner City Hunderttausende DDR-Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit eingefordert hatten. Von „Bearbeitungsfristen“ bis zu 30 Tagen war da die Rede und davon, daß die Reise auch künftig von anonymen Staatsdienern verweigert werden kann, wenn dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral „notwendig ist“, was immer die SED im Bedarfsfall darunter verstehen mochte.

Nicht nur das Volk reagierte zornig, auch Ausschüsse der bisher so folg samen Volkskammer, sogar die krenznahe FDJ muckten auf und verlangten, das Papier einzustampfen.



Reformer Höpcke
Geschickter Schachzug



SED-Reformer Modrow, Schabowski: Kontrahenten des Chefs

Die herrschende Klasse der DDR drückte sich nicht gerade fein aus. „Denen haben sie wohl ins Gehirn geschissen“, kommentierten Arbeiter eines Ost-Berliner Betriebs den Entwurf. Und im VEB Energiebau im Stadtteil Marzahn drohten ganze Abteilungen mit Streik, wenn das Gesetz so in Kraft trete.

Gleichzeitig stieg die Zahl jener Ost-Bürger, die via Tschechoslowakei das Weite suchte, dramatisch weiter an. Politbürokrat Schabowski rechnete die Verlustquote vor der Presse am Mittwoch bereits in Stunden – fast 500 gingen da schon dem SED-Regime alle 60 Minuten von der Fahne. Von Mittwoch früh bis Donnerstag früh waren es 11 000, die Einwohner einer DDR-Kleinstadt.

Erst da war die Schmerzgrenze erreicht – Egon Krenz kassierte den Gesetzentwurf und machte die Tore auf.

Ähnlich taktierte der Parteichef beim Wahlgesetz. Das ZK, so beteuerte der neue PR-Manager der SED, Günter Schabowski, immer wieder vor der seit einigen Tagen in Ost-Berlin versammelten Weltpresse, sei für freie und geheime, in jeder Phase vom Volk kontrollierte Wahlen in der DDR. Die Partei erfülle damit eine Forderung von Millionen Bürgern und Genossen im ganzen Land. Doch wer daran teilnehmen darf, ob neue Oppositionsparteien zugelassen werden oder nur die SED-treuen alten Blockparteien, die sich nach festem Schema die vorher ausgekugelten Parlamentssitze teilen, ließen Schabowski wie Krenz im Nebel.

Eine taktische Meisterleistung gelang dem wendigen Generalsekretär mit der vom ZK für den 15. Dezember einberufenen Parteikonferenz, der vierten in der 43jährigen Geschichte der SED.

Verlangt hatten Genossen aus allen SED-Bezirken wahlweise eine Parteikonferenz oder einen baldigen Sonder-

parteitag, um ein neues Zentralkomitee zu wählen, das seinerseits dann schon wieder ein neues Politbüro bestimmen sollte – und einen neuen Generalsekretär. Der würde, bei der derzeitigen Stimmungslage in der SED, mit Sicherheit nicht mehr Krenz heißen.

Das ZK habe sich, beteuerte Schabowski letzten Donnerstag treuherzig, nur aus Termingründen für eine Parteikonferenz statt für einen Sonderparteitag entschieden. Der nämlich könne nach dem SED-Statut frühestens in zwei Monaten stattfinden.

Den wahren Grund unterschlug er: Bei einem Parteitag müßte auch der größte Teil des ZK um seine Wiederwahl fürchten. Eine Parteikonferenz jedoch hat laut SED-Statut nicht das Recht, das Zentralkomitee in toto auszuwechseln; sie kann nur einzelne Mitglieder, „die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, abberufen“ und durch Nachrücker aus den Reihen der ZK-Kandidaten ersetzen.

Damit ist Egon Krenz erst einmal gerettet.

Doch der Schachzug sichert dem Generalsekretär, davon sind inzwischen zahlreiche SED-Funktionäre überzeugt, nur eine Galgenfrist. Die Entfernung der Parteibasis von ihrer Führung vollziehe sich, so ihr Argument, mit Lichtgeschwindigkeit, echte freie Wahlen mit Beteiligung neuer Parteien seien nicht aufzuhalten, der Niedergang der absoluten SED-Macht mithin unausweichlich – und damit das politische Ende des Genossen Krenz.

„Wir brauchen die absolute Mehrheit nicht“, rechnet ein Parteireformer, „40 Prozent sind doch genug, dann sichern wir uns eben einen Koalitionspartner.“

Wie realistisch die Prognose ist, steht dahin. „Höchstens noch 15 bis 20 Prozent“ gab letzte Woche ein prominenter Genosse seiner Partei.



DDR-Gründungsdemonstration im Oktober 1949: Trennung überwunden?

Wo die SED wirklich steht, könnte sie schon bald testen.

Um dem Volk seine innere Wende zu beweisen, sollte der SED-Chef, so hat der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe vorgeschlagen, die letzte Kommunalwahl wiederholen lassen, bei der die SED das Volk schamlos und nachweisbar betrogen hat.

Ein neuer Wahlgang in den ostdeutschen Gemeinden könne, so Stolpes Idee, nicht nur ein erster landesweiter Probelauf für die neuen oppositionellen Gruppen sein, er werde der SED auch Aufschluß verschaffen, wie groß ihre Anhängerschaft noch ist.

Egon Krenz will es nicht wissen. Er hat gegenüber dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau letzte Woche jeden Gedanken an eine Neuauflage der Kommunalwahl barsch abgelehnt; warum wohl?

Er verharrt weiter in seinen alten Denkschablonen: Er und die von ihm geführte Partei wüßten, was das Volk will; ja – sie seien das Volk.

Die von Krenz noch nominell geführten Bürger sehen das anders: Die Demokratisierung in der DDR scheint nicht zu stoppen, der Prozeß scheint unumkehrbar. Die Löcher in der Mauer sind nicht zu stopfen. Selbst der amtierende DDR-Innenminister Friedrich Dickel versprach, die neue Regelung der offenen Grenzen sei „von Dauer“.

Und schon der erste Tag der neuen Reisefreiheit zeigte, wie die Mehrheit der DDR-Bürger sie zu nutzen versteht: Zehntausende – die Polizei stellte das Zählen ein – fuhren von Ost- nach West-Berlin, und nur 1500 meldeten sich, weil sie der unruhigen DDR endgültig den Rücken kehren wollten. In die Bundesrepublik kamen in den ersten 24 Stun-

den der neuen großen Freiheit 55 500 Ostler – 3250 wollten nicht wieder zurück.

Die Mehrheit, sonst wären die Zahlen umgekehrt, ist sich ihrer Macht bewußt; nur das Bewußtsein der Herrschenden hält noch nicht Schritt.

Zwar: Auf einer Demo treuer SED-Mitglieder im (Ost-)Berliner Lustgarten versprach Krenz am Freitagabend – während das DDR-Fernsehen Sonderberichte vom neuen Reiseverkehr brachte –, „daß freie Wahlen stattfinden und unser Volk die Besten ins Parlament wählt“. Und: „Wir sind bereit, uns zu ändern.“

Aber trotzig und als Absage an alle Begehren, das Machtmonopol der SED zu kippen: „Wir werden uns nie aus der Verantwortung stehlen.“

Immerhin, Schritt für Schritt, nähert sich die SED ihrem für immer oder nur für ein Bierchen davoneilenden Volk. Am letzten Mittwoch, einen Tag vor dem Tanz auf der Mauer, eröffneten die DDR-Vertreter die Sitzung der deutsch-deutschen Verkehrskommission in Erfurt mit dem Hinweis auf das vor der Tür stehende Reisegesetz und die kommende Belastung, die Ost-Berlin ohne die „Hilfe der BRD“ nicht tragen könne.

Für ihren Minister Friedrich Zimmermann notierten die Verkehrsunterhändler, die DDR-Delegation habe „im gegenwärtigen Zeitpunkt feste Absprachen noch nicht tref-

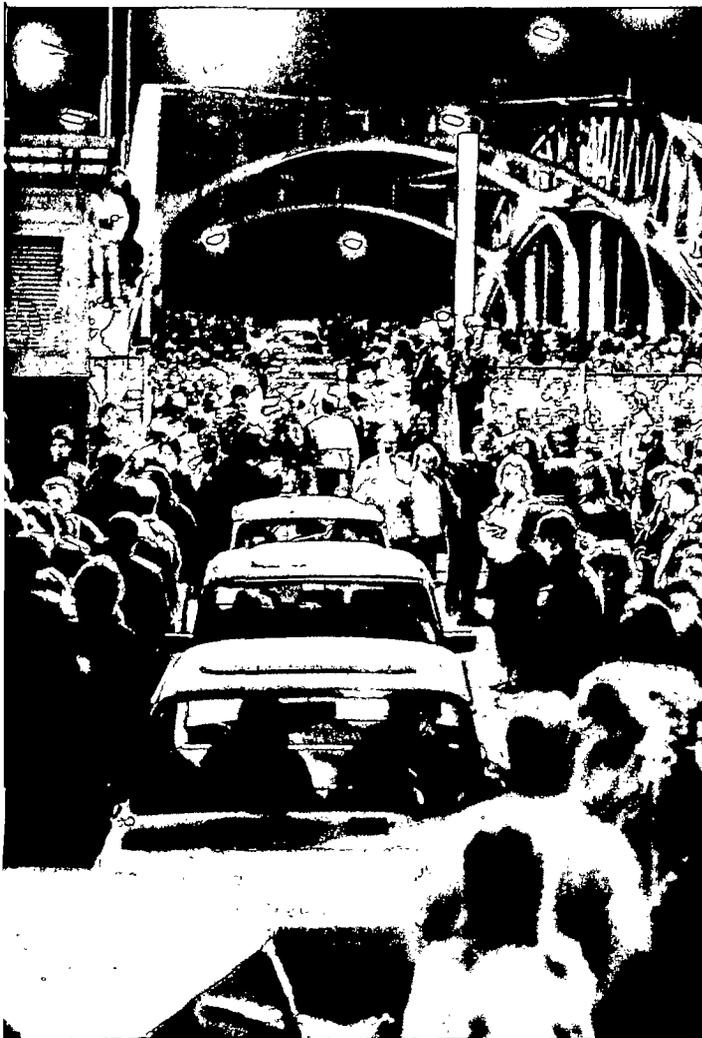
fen“ können, aber darum gebeten, Bonn möge sich für „kurzfristig“ anzusetzende Gespräche schon einmal auf „folgende Überlegungen“ einrichten:

▷ Im kommenden Jahr werde die Zahl der Reisenden aus der DDR, die überwiegend die Bahn benutzen, von bisher rund zwei Millionen auf mindestens acht Millionen steigen; da die Reichsbahn das, etwa auf der Strecke Berlin-Hannover, nicht bewältigen könne, müsse die Bundesbahn die Hauptlast übernehmen.

▷ Auch im Kleinen Grenzverkehr werde das neue Reisegesetz den Andrang

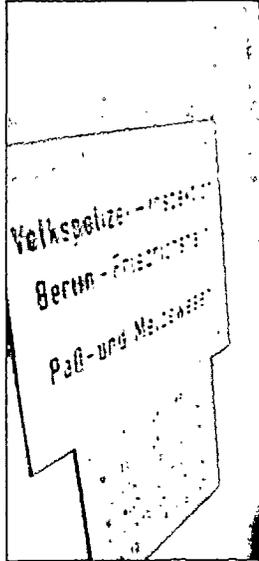


Öffnung der DDR-Grenze, Ost-West-Verbrüderung am Brandenburger Tor am



mehren; statt die DDR-Bürger wie bisher mit Ost-Bussen zur Grenze zu kutschieren und dann in West-Busse umsteigen zu lassen, sollen rasch durchgehende Buslinien geschaffen werden.
 ▷ Die S-Bahn-Verbindung von Potsdam nach West-Berlin und von dort weiter nach Ost-Berlin, seit dem 13. August 1961 unterbrochen

und durch einen kilometerlangen Umweg ersetzt, soll, sobald es geht, wiederhergestellt werden.
 ▷ Am Freitag abend rückten Bautrupps an und rissen Löcher für neue Grenzübergänge in die Mauer, darunter an so symbolträchtigen Orten wie am Potsdamer Platz im Bezirk Mitte (Sonntag) und der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und Wannsee (Freitag).
 Als die Bonner Experten aus Erfurt zurückgekehrt waren, löste ihr Bericht in der Bundeshauptstadt Alarm aus.
 Zwar wies Innenminister Wolfgang Schäuble den Begriff „Katastrophe“ von sich, doch klar ist: Allmählich wird es



Offene DDR-Grenze (an der Oberbaumbrücke), Visum-Ausgabestelle: „Wandel durch Nähe“



9. November 1989: „Die kommen alle wieder“

eng in der Bundesrepublik, auch wenn nur eine DDR-Minderheit sich hier einzurichten gedenkt. Seit Jahresbeginn sind – Stand Ende letzter Woche – über 300 000 Aussiedler aus Osteuropa und der Sowjetunion sowie an die 240 000 Übersiedler aus der DDR nach Westdeutschland gekommen.

Mit zusätzlichem Personal und immer neuen Unterkünften bei Bundeswehr und Katastrophenschutz gelingt es einstweilen noch, die Flüchtlinge in zwei bis drei Tagen durchs Aufnahmeverfahren zu schleusen. Danach wird es hart für die Neubürger.

Weil überall Wohnungen fehlen, dauert die vorläufige Unterbringung in Behelfsheimen, Campingwagen, Containern und auf Wohnschiffen (siehe Seite 130) bereits jetzt 12 bis 18 Monate, „Tendenz steigend“ (Schäuble).

Schon haben die Amerikaner Kasernenraum angeboten, Bonn möchte Jugendherbergen und Bildungsstätten karitativer Verbände für Übersiedler freimachen. Arbeitsminister Norbert Blüm hat für diesen Montag die Sozialversicherungsverbände zu sich gebeten: Sie sollen ihre Immobilienbestände und Schulungsheime auf Wohnraum durchforsten; den beabsichtigten Verkauf von Arbeitsämtern, die durch Zusammenlegung freigeworden sind, hat Blüm eilends gestoppt.

SPD-Vize Oskar Lafontaine denkt eher klein. Er fürchtet, daß zuviel aus den westdeutschen Sozialkassen für DDR-Bürger ausgeworfen werden könnte: „Wir müssen uns auf das Machbare konzentrieren.“ Sein Parteifreund Bahr verlangt jetzt von den Bonnern „Wandel durch Nähe“ und fordert, den Ossies „eine Perspektive fürs Bleiben“ in der DDR zu bieten: Am Geld dürfe die Hilfe schon deshalb nicht scheitern, weil die militärische Bedrohung nun geringer geworden ist. Der Sozialdemokrat kühn: „Wenn wir Geld brauchen, dann stornieren wir den Jäger 90 und haben 100 Milliarden.“

Und SPD-Ostdenker Günter Gaus plädiert, um das Thema Wiedervereinigung „wegzuschieben“, für eine Vier-Mächte-Konferenz, die eine „Konföderation auf Sachgebieten“ aushandeln könnte. Derweil begaben sich Parteichef Hans-Jochen Vogel und Ehrenvorsitzender Brandt zu politischen Gesprächen nach Ost-Berlin.

Ein Arbeitsstab im Bonner Finanzministerium ersann Modelle wirtschaftlicher Hilfe. Die FDP schlug einen „Investitionsfonds“ für Kapitalanlagen in der DDR vor, Parteichef Otto Graf Lambsdorff: „Geld gibt es bei uns genug.“

Und Kanzler Kohl suchte seine Säueris darüber, daß er bei einer All-Parteien-Großkundgebung am letzten Frei-

tag abend vor dem Schöneberger Rathaus gnadenlos ausgepiffen wurde, durch hektische Kontakt-Anbahnung mit Egon Krenz zu besänftigen. Doch er wurde nicht, wie er wünschte, noch Freitag abend vorgelassen; ihm blieb nur das Telefon.

Am liebsten wäre den Bonnern, die DDR-Bürger kämen nur zu Besuch und nicht für immer. Reisefreiheit, so Berlins Bürgermeister Momper vor seinem Rathaus, wo er die DDR-Bürger „zu ihrer friedlichen Revolution“ beglückwünschte, ist ja auch schon etwas.

Jene, die im Westen bleiben, stimmen mit ihrem Ortswechsel – bis zum

vorletzten Wochenende hieß das Flucht – darüber ab, was sie von den vornehmlich im Westen geträumten Visionen einer bevorstehenden Wiedervereinigung halten.

Jene, die in den Osten zurückkehren, sind an diesem Traum auch nicht beteiligt: Sie wünschen sich eine real existierende DDR mit Demokratie, sozialer Fürsorge, viel Freiheiten und ein bißchen Sozialismus.

Die meisten Vereinigungs-Freunde träumen im Westen. Doch auch ihre Kritiker hätten sich ja vor kaum vier Wochen nicht träumen lassen, was bis jetzt geschah.

„Laßt die Leute raus“

Die Nacht, in der die Berliner Mauer brach

Der Mann trug nur einen Mantel über dem Pyjama und war nicht zu stoppen: „Wir wohn'n Bornholmer Straße, im Osten, wa. Ick wa schon inne Heia, die Alte jeht noch mit'm Hund runta, kommt ruff und sagt: Mensch, du, die jehn alle nach'n Westen! Ick nischt wie angezogen und rüber.“

Ein Trabi-Fahrer kurbelte die Scheibe herab und brachte atemlos hervor: „Ick fass' mir pausenlos an' Kopp. Ick fahr' mit der Karre übern Kurfürstendamm.“

An der Ruine der Gedächtniskirche stammelte eine: „Det war schon imma mein Traum, einmal um'n Hohlen Zahn.“

Ebenso fassungslos vernahmen die West-Berliner, was ihre Ost-Berliner Gäste herausprudelten. Viele mochten nicht glauben, was sie da gerade erlebten. Es war die Nacht, in der die Mauer brach.

In dieser Nacht vom 9. auf den 10. November feierte ganz Berlin einen neuen Tag der Einheit.

Das Betonmonster, das West-Berlin auf 165,7 Kilometer Länge umschließt und seit seiner Errichtung über 70 Todesopfer gefordert hat, überlebte seinen Schöpfer nur knapp. Genau 22 Tage und acht Stunden nach dem Rücktritt des Bauherrn Erich Honecker, nach des-



Offene Grenze in Berlin: „Aufschließen! Aufschließen!“